

**Inhalt****2-12 Im Blickpunkt**

- Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Zeichen Europas
- Frankfurter Erklärung:  
„Europa stärken –  
für seine Bürgerinnen und Bürger,  
für seine Städte“
- Auszüge aus den Reden von  
Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel,  
Christian Ude und  
Dr. Stephan Articus
- Foren der Hauptversammlung

**14 Personalien****16 Termine****„Kommunale Ebene respektieren –  
Städte sind Labor für Demokratie und Heimat“**

Journalisten haben mich gefragt: Wird es jetzt mit einem neuen Präsidenten einen Politikwechsel im Deutschen Städtetag geben? Ich kann Ihnen versichern: Nein. Der Wechsel vom erfolgreichen Tandem Christian Ude und Petra Roth zu mir und meiner Kollegin Eva Lohse, der Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen, ist in erster Linie ein Personalwechsel. Aber wichtige politische Themen bleiben auf der Tagesordnung.

Es gibt dicke Bretter zu bohren, wie ein Bundesleistungsgesetz für die Eingliederung von Behinderten. Wir brauchen auch ein neues Modell für die Grundsteuer. Weitere Finanzbeziehungsfragen müssen wir diskutieren, wie Länderfinanzausgleich, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Solidarpaktdiskussion, Schuldenbremse und Europäischer Fiskalpakt. Wir haben Rechtsangelegenheiten, wie das Kooperationsverbot im Grundgesetz, das abgeschafft gehört. Denn wichtige gesellschaftliche Fragen, wie beispielsweise Kinderarmut oder Bildung, können Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam lösen. Kooperation ist Pflicht und nicht etwas, das sich verbietet. Demokratiefragen stehen auf der Agenda. Wir müssen uns überlegen, wie wir trotz einem fröhlichen Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie den Dreiklang Information, Kommunikation, Partizipation noch stärker zum Klingen bringen. Es hilft uns nicht allein, dass Städte die Wiege der Demokratie sind. Wir müssen auf kommunaler Ebene auch Laboratorium sein, wo sich Demokratie weiter entwickeln kann. Die lokale Demokratie liefert die Projektionsflächen für Identität und Identifikation und ist damit Heimat für die Menschen.

Städte sind die Motoren der ökonomischen Entwicklung und der Ort, wo sich kulturelle Entwicklungen, wie durch Brenngläser gebündelt, zeigen. In den Städten wird entschieden über Inklusion oder Segregation. Von der Wiege bis zur Bahre sind es in der Regel kommunale Leistungen, die die Menschen als staatliches Handeln wahrnehmen.

Ich glaube, wir können mit Selbstbewusstsein den anderen staatlichen Ebenen in diesen Diskussionen gegenüber treten. Wir können zeigen, dass wir die Basis der Demokratie und das Fundament des staatlichen Aufbaus sind und deshalb Respekt gegenüber der kommunalen Ebene einfordern.



Dr. Ulrich Maly  
Präsident des Deutschen Städtetages  
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

# Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt am Main im Zeichen Europas

Die Rolle der Städte und ihrer Bevölkerung für den europäischen Zusammenhalt stand im Mittelpunkt der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main. Mit dem Motto „Europa stärken – für seine Bürgerinnen und Bürger, für seine Städte“ bekannte sich der kommunale Spitzenverband ausdrücklich zu Europa und der europäischen Einigung.

Hauptrednerin der Hauptversammlung war neben der Spitze des Deutschen Städtetages Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Sie sicherte den Kommunen im Anschluss an ihre Rede zu, sie beim Kampf gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung zu unterstützen. Zudem müssten Investitionen in die Infrastruktur gesichert werden. Sie sagte außerdem zu, die Vorschläge des Deutschen Städtetages zur Wohnungspolitik zu prüfen.

Während der Tage in Frankfurt am Main diskutierten mehr als 1000 Delegierte und Gäste aus Deutschland und Europa in fünf Fachforen (siehe Infokasten auf Seite 12) zu folgenden Themen:

- Handlungsmöglichkeiten der lokalen Demokratie
- Europäische Integration der Staaten und Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten
- Europäische Gesetzgebung zur Daseinsvorsorge,
- Auswirkungen der europäischen Finanzpolitik auf die Kommunen
- Zukünftige Entwicklung der europäischen Stadt

## Ude: Mieterschutz verbessern

Der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Ude thematisierte zu Beginn seiner Rede den Kampf um den Erhalt der Gewerbesteuer. Die „zumindest vorübergehende, hoffentlich mittelfristige Sicherung der Gewerbesteuer“ sei „das wichtigste Verdienst der letzten Jahre“, so Ude unter dem Applaus der Delegierten.

Ein weiterer grundlegender Erfolg sei die Abkehr von der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Erfolgreiche Rekommunalisierung von Energie- und Wasserversorgung oder Wohnungswirtschaft machten inzwischen eindrucksvoll deutlich, was die kommunale Daseinsvorsorge sei, so Ude: „ein zukunftsfähiges,

gemeinwohlorientiertes Modell und kein alter Zopf, der in Zeiten des Binnenmarktes abgeschnitten gehört.“

Sodann hob Ude ausdrücklich den Erfolg des Konnexitätsprinzips hervor, das inzwischen Dank der jahrzehntelangen Vorstöße des Deutschen Städtetages und seiner Mitglieder in die Länderverfassungen Einzug gehalten habe. Es müsse allerdings auch noch in „den Köpfen der Ministerialbürokratie“ verankert werden. Von Applaus der Delegierten unterstützt, forderte er Bund und Länder auf, auf teilweise raffinierte Umgehungsversuche der Konnexität zu verzichten, wie etwa im Bereich der Inklusion. „Bund und Länder können nicht gesetzlich normieren, was dann die Kommunen in der Praxis mit gigantischem Aufwand realisieren sollen.“

Als großen Verhandlungserfolg des Deutschen Städtetages und als echte Hilfe durch den Bund wertete Ude die Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung im Alter. Nächste große Aufgaben, die noch nicht abgeschlossen sind oder für die sich der Deutsche Städtetag verstärkt einsetzen wird, seien zum Beispiel der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren, die Abschaffung des Kooperationsverbotes im Bereich Bildung, die Lösung der finanziellen Probleme vieler Städte, die Überwindung von Armut in Deutschland und die Mitwirkung der Städte an der Energiewende.

Das weitere Zusammenwachsen Europas sei notwendig, meinte Ude. Allerdings habe Europa „drängendere Aufgaben“, als sich über Nahverkehr, Sparkassen oder die Wasserversorgung mit den Kommunen zu streiten. Hier gelte es, die Wünsche der deutschen Bevölkerung nach der kommunalen Daseinsvorsorge ernst zu nehmen. In der Auftaktpressekonferenz zur Hauptversammlung hatte Präsident Ude an die EU-Kommission appelliert, die öffentliche Wasserwirtschaft aus der geplanten Neuregelung der Konzessionsvergaberichtlinie herauszunehmen, um das Gemeinwohl im Bereich der Wasserversorgung zu sichern: „Wir sind entschieden dagegen, die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland zwangsweise umzuorganisieren. Eine Neuregelung der Konzessionsrichtlinie gefährdet die bewährte Struktur.“ Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge dürften keinen unnötigen Beschränkungen unterworfen werden. Das Gemeinwohl müsse in der EU genauso stark gewich-

tet werden wie der grenzüberschreitende Wettbewerb. Ein „Zwang zur Privatisierung durch die Hintertür“ werde nicht akzeptiert.

Ein weiteres Problem, so Ude in seiner Rede vor den Delegierten, erwache den Städten durch die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Erste Folgen zeigten sich auf dem Immobilienmarkt in der „Flucht ins Betongold“. Abzulesen sei das an explodierenden Immobilienpreisen, an Mietsteigerungen und Gentrifizierung. Stadtgesellschaften benötigten Wohnraum für alle Einkommenschichten. Wichtige Aufgabe sei außerdem der rasant zunehmende Wohnungsbedarf in vielen Groß- und Universitätsstädten. Nötig seien hier eine wirksame Begrenzung von Mietwucher, die Wiederaufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau durch Bund und Länder und ein stärkerer öffentlicher, privater und genossenschaftlicher Wohnungsbau. Besonders hob Ude hervor, dass der Mietanstieg bei Wiedervermietung auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt werden müsse.

Zusätzliche Aufgaben ergeben sich laut Ude aus der Zuwanderung von sehr armen Menschen aus dem Osten Europas und aus Südeuropa. Das stelle die Kommunen vor neue Aufgaben, die neue Rezepte nötig machten.

### **Articus: Demokratie-Defekte beseitigen und Bürgerbeteiligung fördern**

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, machte Fragen der Bürgerbeteiligung zum Thema seiner Rede und analysierte dabei Hintergründe für artikulierte Unzufriedenheit. Dabei gehe es um Probleme der Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen an Entscheidungsprozessen; es gehe um Mängel in der Transparenz gegenüber den Bürgern; und es gehe um Lücken in den Regeln und Rechten der drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen untereinander, die zu fehlender Solidität der Finanzbeziehungen im föderalen Staat führten.

Articus stellte fest, dass die zunehmende Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung und insbesondere nach mehr direkt-demokratischen Verfahren Ausfluss von Unzufriedenheit, Kritik und Enttäuschung über Mängel in der Praxis der Demokratie in unserem Land sei. Als Ursachen machte er aus: „Keine erkennbaren Verantwortlichkeiten in der Differenzierung der verschiedenen staatlichen Ebenen, keine soliden Finanzierungen wichtiger Projekte bis hin zu immer neuen Kostenex-

plosionen, politische Versprechen, die nicht zuverlässig eingehalten werden.“

Die Städte haben auf der einen Seite als bürgernahe Ebene beste Chancen, die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar einzubeziehen. Die örtliche Demokratie gerate jedoch auf der anderen Seite überwiegend unverschlüsselt in materielle Nöte und unverdientermaßen unter politischen Image- und Vertrauensdruck, weil Bürger die Auswirkungen der Demokratie-Mängel dort verurteilen und kritisieren, wo sie sie erleben, so Articus.

Auf diese Entwicklung aktiver zu antworten, mehr Partizipation, mehr Teilhabe zu gestalten, haben sich viele Städte auf die Fahne geschrieben. Das sei gut, sei aber kein Mittel, um die Mängel der föderalen Prozesse zu überwinden. Mehr Bürgerbeteiligung trage jedoch dazu bei, die politische Auseinandersetzung in einer Demokratie zu beleben und die Rolle der Bürger zu stärken.

### **Merkel: „Wir müssen in Infrastruktur investieren“**

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betonte in ihrer Rede mit Blick auf das Motto „Europa stärken – für seine Bürgerinnen und Bürger, für seine Städte“, dem liege auch die Frage nach dem Warum Europas zugrunde. Die Kanzlerin erklärte, die europäische Einigung der vergangenen Jahrzehnte habe Frieden, Freiheit und Wohlstand beschert, über eine so lange Zeit und in einem Maße wie nie zuvor in der Geschichte Europas. Wichtig sei es jetzt, dass Europas weitere Entwicklung nachhaltig gestaltet werde. Der Fiskalvertrag biete dazu eine Grundlage.

Zur Finanzlage der Kommunen betonte die Kanzlerin die schwierige Lage etlicher Städte. Gerade deshalb sei die Übernahme der Grundsicherung im Alter, mit dem Wissen um die Dynamik dieser Kosten, eine nachhaltige Hilfe besonders für finanzschwache Kommunen.

Beim Thema Kinderbetreuung hob die Kanzlerin den milliardenschweren Beitrag des Bundes für die notwendigen Investitionen hervor. Es dürfe nicht darum gehen, den „schwarzen Peter“ hin und her zu schieben. Merkel betonte die Schutzfunktion der Länder für die Kommunen auch bei dem weiter steigenden Bedarf, der sich abzeichne. Der Bund werde tun, was in seinem Rahmen möglich sei und dabei auch kreativ sein.

Zum Abschluss nannte Merkel zwei Themen von zentraler Bedeutung für die nächsten Jahre: verstärkte

Investitionen in die Infrastruktur angesichts des großen Sanierungsbedarfs sowie die Eingliederungshilfe für Behinderte, die neu geordnet werden müsse.

### **Frankfurter Erklärung verabschiedet**

---

Nach den Beratungen in den Foren verabschiedeten die Delegierten eine „Frankfurter Erklärung“, in der die Bedeutung der Städte für Europa und die Erwartungen an die Europäische Union zusammengefasst sind. In der Erklärung heißt es, dass die Städte in Deutschland für das weitere Zusammenwachsen Europas eine Schlüsselrolle inne haben. Städte sorgten für Bürger Nähe und realisierten in Partnerschaft mit der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten europäische und nationale Politik. Die Europäische Union könne ihre Bürgerinnen und Bürger nur erreichen, wenn sie die Kommunen als demokratische, bürgernahe Ebene einbeziehe. Die deutschen Städte stünden dafür als Partner bereit.

Die „Frankfurter Erklärung“ betont, dass die Städte eine Garantie ihrer klaren Rechte und Kompetenzen benötigen. Diese seien erstmals im Vertrag von Lissabon verankert worden und müssten in der Alltagsarbeit der EU-Kommission in Brüssel noch stärker beachtet werden. Angesichts der Sparzwänge, die sich für Bund und Länder aus der Schuldenkrise, den Vorgaben aus dem Fiskalpakt und der Schuldenbremse ergeben, gelte es außerdem, die Finanzausstattung der Städte zu sichern. Dringlich zu schützen seien die kommunalen Leistungen der Daseinsvorsorge, die keinen unnötigen Beschränkungen durch die EU unterworfen werden dürften. Die im Vertrag von Lissabon festgeschriebene Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge müsse auch im grenzüberschreitenden Wettbewerb beachtet werden.

### **Podiumsdiskussion „Europa stärken“**

---

Wie Europa zu stärken sei, wurde auch im Rahmen einer Podiumsdiskussion unter der Moderation von Sabine Adler vom Deutschlandfunk debattiert. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, sagte, es komme jetzt darauf an, Solidarität für andere Länder zu leisten und dafür verlässliche Solidität zu bekommen. Hannes Swoboda, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, warb unter anderem für mehr Städtepartnerschaften, um das erfolgreiche Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung bekannter zu machen. Der neugewählte Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly betonte, es seien keine neuen europäischen Auflagen

nötig, wie die Dienstleistungsrichtlinie, die die komplexen vorhandenen Strukturen meist nicht erfassen könnten. Dafür gebe es bereits nationales Recht. Die Vizepräsidentin des Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, benannte die sinkende Wahlbeteiligung als Problem aller politischen Ebenen. Der hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, bekannte sich zu Europa, forderte allerdings für geleistete Hilfen entsprechende Anstrengungen der europäischen Staaten.

### **Dr. Ulrich Maly neuer Präsident des Deutschen Städtetages**

---

Die ehrenamtliche Spitze des Deutschen Städtetages wurde während der Hauptversammlung neu gewählt. Der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly ist neuer Präsident des Deutschen Städtetages. Die Delegierten wählten den SPD-Politiker für zwei Jahre ins höchste Amt des größten kommunalen Spitzenverbandes. Er folgt auf Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, der nicht mehr kandidierte, nachdem er seit 2005 insgesamt 6 Jahre das Präsidentenamt innehatte. Dr. Ulrich Maly ist seit dem Jahr 2002 Oberbürgermeister von Nürnberg. Er gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2005 an und war seit dem Jahr 2009 einer der stellvertretenden Präsidenten. Zur Vizepräsidentin wählten die Delegierten Dr. Eva Lohse, Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Die Christdemokratin steht seit 2002 an der Stadtspitze und gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2005 an.

Als Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter des Präsidenten wählten die Delegierten Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, Heilbronn, Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin Helma Orosz, Dresden, sowie Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg im Breisgau. Nach dem Ausscheiden von Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, Heilbronn, sowie Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg, aus dem kommunalen Amt zum 30. April 2014 werden Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Reutlingen, sowie Oberbürgermeister Peter Jung, Wuppertal, in das Amt einer Stellvertreterin und eines Stellvertreters des Präsidenten aufrücken.

### **Petra Roth zum Ehrenmitglied gewählt**

---

Einstimmig wählten die Delegierten die langjährige Präsidentin und Vizepräsidentin des Deutschen

Städtetages, die ehemalige Oberbürgermeisterin der gastgebenden Stadt Frankfurt am Main, Petra Roth, zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages. Petra Roth, deren Amtszeit im vorigen Jahr endete, war die erste Frau, die den Spitzenverband der deutschen Städte mehrere Jahre lang führte. Sie wurde 1995 zur Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main gewählt und war seit 1997 insgesamt sieben Jahre Präsidentin des Deutschen Städtetages sowie acht Jahre lang Vizepräsidentin.

Der scheidende Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Christian Ude, würdigte die große Leistung von Petra Roth für die deutschen Städte: „Sie war ein Glücksfall für die deutschen Kommunen und hat zentrale Anliegen der Städte – etwa beim Kampf um die Gewerbesteuer – durchgesetzt. Petra Roth hat unerschrocken und über Parteigrenzen hinweg für fortschrittliche Inhalte und die Interessen der Städte und ihrer Bürgerschaft gekämpft.“

### **Maly: Gemeinwohl steht im Mittelpunkt**

Der neugewählte Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly versicherte in seiner Rede zum Abschluss der Hauptversammlung auch im Namen der neuen Vizepräsidentin Dr. Eva Lohse, dass der Personalwechsel an der Spitze des Deutschen Städtetages keinesfalls einen Politikwechsel bedeute. Petra Roth und Christian Ude standen für das, was wichtig sei: kommunales Selbstbewusstsein demonstrieren und parteiübergreifende Einigkeit im Verband erreichen. Das werde das neue Führungsduo weiterverfolgen, denn im Mittelpunkt der kommunalen Interessenvertretung stehe das Gemeinwohl.

Europa und die Europäische Union erscheinen für viele Bürgerinnen und Bürger in den Städten abstrakt und oft weit weg, so Maly. Es komme darauf an, Europa vom Kopf in die Herzen der Menschen zu bringen und das gehe nur in und mit den Kommunen.

### **Bouffier: Intelligente Lösungen für Finanzverteilung gefragt**

In seinem Grußwort vor der Hauptversammlung stellte der Ministerpräsident des Landes Hessen, Volker Bouffier, Fragen der kommunalen Finanzausstattung in den Mittelpunkt. Es gehe darum, intelligente Lösungen zu finden, um den Interessenkonflikt zwischen Städten, ländlichem Raum und dem Land auszugleichen. Die klassische Verteilung der Mittel pro Kopf oder nach Finanzkraft reiche heute nicht mehr aus.

Ziel sei es, kommunale Selbstverwaltung wieder möglich zu machen. Hessen habe dafür einen kommunalen Schutzschirm kreiert und mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt. Ob eine Kommune ihn nutze, müsse sie selbst entscheiden.

### **Feldmann: Transparenz und Bürgernähe als Leitmotiv**

Zu Beginn der Hauptversammlung hob der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Frankfurt am Main, Peter Feldmann, in seinem Grußwort den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern hervor. Die Bürgerinnen und Bürger wollten mitentscheiden und die Städte hätten den Auftrag, ihnen für ihre Entscheidungen eine gute Basis zu liefern, so Feldmann.

Die Stadt Frankfurt präsentierte sich zur Hauptversammlung mit einer Themenwoche mit fast 50 Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet. Den Bürgermeister der neuen Partnerstadt von Frankfurt, dem türkischen Eskisehir, Yilmaz Büyükersen, lud die Stadt ein, während des Abendempfangs in der Alten Oper vor den Delegierten und Gästen zu reden, unter denen auch 300 Bürgerinnen und Bürger aus Frankfurt waren.

### **Frauensitzung: Politische Partizipation von Frauen**

„Mehr Frauen – mehr Demokratie? Verändert politische Partizipation von Frauen Politik und Gesellschaft?“ lautete das Thema der interfraktionellen Frauensitzung während der Hauptversammlung. Diskutiert wurde unter anderem wie und ob sich politischer Umgang und Entscheidungsfindung im politischen Raum verändert, wenn Frauen gleichberechtigt in Gremien und Führungspositionen vertreten sind und welche Chance auch für die Kommunen darin liegt, wenn sie Beteiligungsverfahren geschlechtssensibel organisieren und durchführen.

Die nächste Hauptversammlung des Deutschen Städtetages findet im Frühjahr 2015 in der Landeshauptstadt Dresden statt. Die Online-Dokumentation der Hauptversammlung mit Reden, Fotos sowie weiteren Materialien befindet sich unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de). Die Texte werden in Kürze auch in einer gedruckten Dokumentation veröffentlicht.

Der Hauptausschuss hat in Frankfurt auch ein Positionspapier zum Wohnraummangel in Deutschland verabschiedet, das abzurufen ist im Bereich „Presse“, „Beschlüsse“ unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

## Die gewählte ehrenamtliche Spitze des Deutschen Städtetages

### Präsident

Dr. Ulrich Maly,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Nürnberg



### Vizepräsidentin

Dr. Eva Lohse,  
Oberbürgermeisterin  
der Stadt Ludwigshafen  
am Rhein



### Stellvertreter



Helmut  
Himmelsbach,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Heilbronn  
(bis 30.4.2014)

### Stellvertreter



Burkhard Jung,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Leipzig

### Stellvertreter



Hans Schaidinger,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Regens-  
burg (bis 30.4.2014)

### Stellvertreterin



Dagmar  
Mühlenfeld,  
Oberbürgermeisterin  
der Stadt  
Mülheim an der  
Ruhr

### Stellvertreterin



Helma Orosz,  
Oberbürgermeis-  
terin der Landes-  
hauptstadt  
Dresden

### Stellvertreter



Dr. Dieter Salomon,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Freiburg  
im Breisgau

### Stellvertreterin



Barbara Bosch,  
Oberbürgermeisterin  
der Stadt Reutlingen  
(Stellvertreterin  
des Präsidenten  
ab 1.5.2014)

### Stellvertreter



Peter Jung,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Wuppertal  
(Stellvertreter des  
Präsidenten  
ab 1.5.2014)

## Frankfurter Erklärung „Europa stärken – für seine Bürgerinnen und Bürger, für seine Städte“

### 1. Europa der Bürgerinnen und Bürger stärken

Das Zusammenwachsen Europas fördert Frieden und Freiheit durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Grundlagen gilt es weiterzuentwickeln und zu schützen. Dabei kommt den Städten eine Schlüsselrolle zu. Die Städte schaffen und praktizieren Bürger-  
nähe, sie sind den Menschen am nächsten. Durch Partnerschaft mit der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten setzen sie erfolgreich europäische und nationale Politik um. Sie ermöglichen Integration und Identifikation. Sie fordern und fördern die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Dafür brauchen die Städte auf europäischer Ebene klare Rechte und Kompetenzen – wie im Vertrag von Lissabon verankert.

### 2. Europäische Integration ermöglichen – Integration in Europa fördern

Die europäische Integration zielt auf die Erweiterung der Mitgliedschaft europäischer Staaten ab. Die jüngsten Mitgliedstaaten unterscheiden sich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, in ihren Arbeitsmärkten, in ihren Sozialstrukturen und dem Lebensstandard ihrer Bewohner zum Teil sehr deutlich von den älteren europäischen Mitgliedstaaten. Teilweise stehen sie vor besonderen Herausforderungen der Integration innerhalb ihrer Gesellschaften. Diese Herausforderungen sind weder durch Armutswanderungen innerhalb Europas noch durch Beschränkungen der für das vereinte Europa konstitutionellen Freizügigkeit zu lösen. Die Auswirkungen der Armutswanderungen in der Europäischen Union sind besonders und konzentriert in Städten zu spüren, die jedoch mit ihren Mitteln das Problem nicht lösen können und Unterstützung von Bund, Ländern und der Union benötigen.

Integration im eigenen Land wie auch die Organisation der sozialen Sicherung sind und bleiben Aufgaben in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Deren Integration aber in die europäische Gemeinschaft macht es gleichermaßen erforderlich wie möglich, sie mit Mitteln und Initiativen der Europäischen Union, durch Partnerschaft zwischen den EU-Mitgliedstaaten und mit Partnerschaft zwischen den Kommunen verschiedener Mitgliedstaaten in diesen Prozessen zu unterstützen. Wir schlagen vor, innerhalb des Deutschen Städtetages eine

auch auf diese Unterstützung ausgerichtete Städtepartnerschaftsinitiative und einen von der Europäischen Union geförderten Jugendaustausch zu starten.

### 3. Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge sicherstellen

Ausdruck des Subsidiaritätsgedankens ist es, Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge als wesentliches Element kommunaler Selbstverwaltung in Deutschland keinen unnötigen Beschränkungen zu unterwerfen. Die Kommunen stellen mit ihren verlässlichen und allgemein zugänglichen Leistungen der Daseinsvorsorge, beispielsweise einen hervorragend funktionierenden öffentlichen Nahverkehr bereit, sichern die Wasserversorgung und das Sparkassenwesen und ermöglichen allen Menschen gleichen Zugang zu Bildung sowie zu sozialen oder kulturellen Einrichtungen. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen darauf, dass die Steuerung und Kontrolle dieser grundlegenden Leistungen durch demokratisch legitimierte kommunale Vertretungskörperschaften erfolgt. Die Städte müssen zum Beispiel auch in Zukunft die Möglichkeit haben, die Wasserwirtschaft unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand zu behalten, um eine hochwertige Trinkwasserversorgung zu sichern. Die Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, wie im Vertrag von Lissabon festgeschrieben, ist auch im grenzüberschreitenden Wettbewerb zu beachten.

### 4. Die Europäische Stadt gestalten

Die Europäische Stadt ist Motor gesellschaftlicher Entwicklung, führt die verschiedenen Funktionen von Wohnen, Arbeiten, Handel, Bildung, Kultur und Freizeit zusammen und verringert die Bedeutung von Einkommens-, Alters- und Migrationsunterschieden. Kommunale Strategien zur ganzheitlichen Entwicklung städtischer Räume müssen befördert werden. Für den Erfolg von Strategien, Planungen und Bauvorhaben spielt die Teilhabe der Stadtbevölkerung eine zentrale Rolle. Bei der Neuausrichtung der Strukturpolitik der Europäischen Union sollte die städtische Dimension deutlich gestärkt werden. Dies sollte sich auch in den operationellen Programmen der Bundesländer in der neuen Förderperiode zur Strukturpolitik wiederfinden. Programme wie „Soziale Stadt“ sind unverzichtbar, um die Städte bei ihrer Integrationsleistung und dem Ausgleich ungleicher Entwicklungsbedingungen wirk-

sam zu unterstützen. Ein demokratisches Europa mit einem langfristigen und stabilen Wirtschaftswachstum wird nur möglich sein, wenn die Städte als Ganzes sozial ausgeglichen und stabil bleiben.

### 5. Finanzkraft der Städte sichern

In der Staatsschuldenkrise leistet Deutschland einen besonders wichtigen Beitrag zur Stabilität in Europa. Es ist deshalb notwendig, Stabilität im Innern Deutschlands sicherzustellen. Dazu gehört auch eine solide Finanzausstattung der Kommunen. Die Städte können ihre vielfältigen Aufgaben nur erfüllen, wenn ihre Finanzierung dauerhaft gesichert ist. Obwohl die Gesamtheit der Kommunen im Jahr 2012 Überschüsse erzielt hat, können die Kommunen die notwendigen Investitionsbedarfe nicht erfüllen. Die kommunalen Haushalte in Deutschland haben sich grundlegend verändert. Aus Investitionshaushalten wurden über die Jahre Sozialhaushalte. Hauptursache sind stetig wachsende Ausgaben für soziale Leistungen, die mit nahezu 45 Milliarden Euro im Jahr 2012 knapp ein Viertel der kommunalen Ausgaben betragen.

Die europäische Schuldenkrise, die Vorgaben aus dem Fiskalpakt und der Schuldenbremse zur Haushaltsdisziplin stellen alle staatlichen Ebenen vor große Herausforderungen. Die Kommunen achten seit langem in ihren Haushalten auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Konsolidierung aber hat Grenzen. Durch sie darf der Erhalt der Stadt als Stadt nicht in Frage gestellt werden. Vor allem dürfen die Länder ihre Defizite nicht in die völlig überlasteten Kommunalhaushalte auslagern. Konsolidierung kann nur dann gelingen und

Akzeptanz in der Bevölkerung finden, wenn sie mit der Frage verknüpft wird, welche öffentlichen Leistungen sich die Gesellschaft leisten will. Für diese muss dann auch die Frage der Finanzierung geklärt werden.

### 6. Kommunale Selbstverwaltung schützen – Kommunen einbeziehen

Kommunale Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip sind auch bei fortschreitender europäischer Integration besonders zu schützen. Europaweit einheitliche Lösungen sollten tatsächlich auf das Notwendige beschränkt werden, damit lokales Handeln möglichst oft Vorrang hat. Bund und Länder müssen der kommunalen Dimension der Europäischen Union und ihrer primären Integrationsverantwortung gerecht werden. Die Kommunen müssen als gleichberechtigte Partner am Prozess der europäischen Einigung mitwirken und bei der Formulierung und Umsetzung europäischer Politik einbezogen werden. Bund und Länder sind aufgefordert, kommunale Anliegen wirkungsvoll gegenüber den europäischen Institutionen zu vertreten. Dazu zählt auch eine verstärkte und ernstzunehmende institutionelle Einbindung, insbesondere eine stärkere Rolle der Kommunen im Ausschuss der Regionen.

Die Europäische Union kann ihre Bürgerinnen und Bürger nur erreichen, wenn sie die Kommunen als demokratische, bürgernahe Ebene einbezieht. Die deutschen Städte stehen als Partner bereit.

Die Frankfurter Erklärung wurde von den Delegierten einstimmig verabschiedet. Sie ist als PDF abrufbar unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).



Die Spitze des Deutschen Städtetages empfängt die Bundeskanzlerin zur Hauptversammlung in Frankfurt am Main: Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus, Präsident Christian Ude, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Gastgeber Oberbürgermeister Peter Feldmann (v.r.n.l.).

## Christian Ude: Kommunale Selbstverwaltung sichern

Auszüge aus der Rede von Christian Ude am 24. April 2013 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede ist zu finden unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

(...) Die Städte standen am Anfang von Europa. Sie haben mit den Partnerschaften Brücken geschlagen, bevor die Staaten folgten. Und sie sind, gerade hier in Frankfurt kann man das besichtigen, Orte europäischer Internationalität. Sie spiegeln europäische Vielfalt wider. Und die Städte haben schon Integrationspolitik betrieben in ihren Schulen, in ihren Stadtvierteln und in ihren Volkshochschulen, als höhere Ebenen und Wirtschaftskapitäne noch geglaubt haben, man könne alle Gastarbeiter nach getaner Arbeit wieder heim schicken. Also auch der Gedanke der Integration hat seine Wurzeln in der Kommunalpolitik und deshalb bejahen wir die europäische Einigung, wünschen uns ihre erfolgreiche Fortsetzung (...).

### Daseinsvorsorge in Europa stärken

(...) Wir weisen auf einen Punkt des Lissabonner Vertrags hin, der in der Praxis immer noch nicht die Rolle spielte, die er spielen soll und muss, nämlich die Privilegierung der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. (...) Die Dienstleistungsrichtlinie darf nicht die Wasserversorgung umfassen! Auf gar keinen Fall solange sie noch Anforderungen stellt, die von vielen Wasser- und Stadtwerken nicht erfüllt werden können ohne Umorganisation und einen Zwang zur Privatisierung durch die Hintertür. Das lassen wir uns nicht gefallen. Das muss das ganz klare Signal sein.

### Konnexitätsprinzip erst nehmen

(...) der Erfolg des Konnexitätsgedankens, der inzwischen ein Konnexitätsverfassungsprinzip ist, verankert in den Länderverfassungen. (...) Ganze Jahrzehnte wurden damit bestritten, immer wieder darzulegen, wie ungerecht es ist, wenn Bund und Länder uns Aufgaben aufs Auge drücken, um dann selber zu vermelden, sie hätten Großartiges vollbracht. (...) Heute wird die Berechtigung des Konnexitätsprinzips nicht mehr bestritten, aber umgangen. Und das mit erstaunlicher Raffinesse. (...) Und der nächste Fall steht vor der Tür. Auch dies wieder ein Anliegen, das wir mit Herzblut vertreten (...) Ich meine das Prinzip der Inklusion. Ja und nochmals ja zur Inklusion! Aber Bund und Länder können nicht gesetzlich normieren, was dann allein die Kommunen in der Praxis mit gigantischem Aufwand zu realisieren haben. (...)

Ab 1. August diesen Jahres, also in wenigen Wochen bereits, gilt der Rechtsanspruch für alle Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, auf einen Betreuungsplatz, sei es in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege. (...) Ich finde schon, dass die Gewährung eines Rechtsanspruchs, ohne sich seriös über die Nachfrage zu informieren und seriös über die Finanzkraft der Kommunen zu erkundigen und seriös die Ausbildung der erforderlichen Erzieherinnen und Erzieher sicherzustellen, ein Abenteuer auf Kosten Dritter ist. (...) Bei künftigen Themen sollten wir von den Parlamentariern verlangen, dass sie die Kommunen nun wirklich ernst nehmen und nicht einfach benutzen, um Versprechungen und Verheißungen zu verkünden, die dann von den Kommunen unter Strafandrohung erfüllt werden müssen.

### Hilfe bei wachsenden Soziallasten

Nach jahrelangem Fordern und Rufen ist unser Wunsch nach einer Entlastung im Bereich der explodierenden Sozialkosten endlich akzeptiert worden. Ich glaube, dass die Entlastung von den Kosten der Grundsicherung im Alter einer der großen Verhandlungserfolge des Deutschen Städtetages ist und im nächsten Jahr wird es eine Entlastung von rund vier Milliarden sein. Ich denke, dass wir hier dem Bundesgesetzgeber und allen, die daran mitgewirkt haben, tatsächlich dankbar sein dürfen. (...)

### Arme Städte

Es gibt Städte, die im letzten Jahr ihre Schulden gehörig zurückführen konnten, die stolze Gewerbesteuererinnahmen haben (...) Aber zur Realität gehört auch, dass wir arme Kommunen haben, die weder am Konjunkturaufschwung, noch am erhöhten Gewerbesteuerertrag teilhaben, sondern nur an den gestiegenen Soziallasten wegen gesteigerter Arbeitslosigkeit, und die haben jetzt die unvorstellbare Summe von 48 Milliarden Euro Kassenkredit. (...) Und deswegen sage ich, wir sollten in Zukunft nicht mehr von der kommunalen Finanznot reden, weil es dann sofort Gegenbeispiele gibt, die das entkräften oder Durchschnittswerte, die es in Frage stellen. Nein, wir müssen darauf hinweisen, dass es arme Städte gibt! Nicht alle, aber viel zu viele. (...)

### Stephan Articus: Kooperation im föderalen Staat braucht solide Prozesse

Auszüge aus der Rede von Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus am 24. April 2013 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede ist zu finden unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

(...) Ich möchte deutlich machen, dass es – wie die Wissenschaft es nennt – Defekte demokratischer Verfahren und Positionen gibt, die die kommunale Selbstverwaltung überfordern und aushöhlen und in der Folge davon ihr gutes Ansehen beschädigen. Dabei geht es um Probleme der Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen; es geht um Mängel in der Transparenz gegenüber den Bürgern; und es geht um mangelhafte Prozesse der Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Zuge der Umsetzung neuer politischer Entwicklungsprojekte. (...) Die Kommunen sind dabei unverdientermaßen oft besonders betroffen, weil sie von Bund und Ländern Aufgaben, aber nicht die für deren Erfüllung nötigen finanziellen Mittel übertragen bekommen. (...)

Intransparente Verhandlungen und Entscheidungsprozesse und fehlende Solidität der Finanzierungsregelungen wirken sich dabei nicht unmittelbar auf die Bürger aus, sondern nur auf die davon betroffene Ebene, d.h. meist die Kommunen. (...) Deswegen fordern wir seit Jahren mehr Konnexität und mehr Qualität in der Kostenfolgenabschätzung. (...)

#### Finanzierungsregeln gleichen Roulette-Spiel

Aus Sicht der Kommunen gleichen die Praktiken und Regelungen der Finanzierung neuer Aufgaben und der Verteuerung bestehender Ausgaben durch Bund und Länder eher einem Roulette-Spiel als einem soliden Verfahren. (...) Faktisch ist der Bund nie und sind die Länder nur in Einzelfällen gezwungen, die den Kommunen entstehenden Kosten zu refinanzieren. Die Ausgleichspflicht bleibt beliebig unbestimmt. Es gibt keine zwingende Kostenfolgenabschätzung. Es gibt nur ausnahmsweise die Pflicht und entsprechende Regelungen Kostensteigerungen auszugleichen. (...)

Seit mehr als drei Jahrzehnten kommt es zu ernsthaften kommunalen Haushaltslücken und kommunaler Überschuldung – immer häufiger und immer heftiger. Darauf wird nicht mit der Einführung neuer Prozesse nachhaltiger Finanzierung, sondern mit zufälligen Hilfsmaßnahmen reagiert. Zwischen Bund, Ländern und Kommunen werden dann Verhandlungen geführt, wie diese kommunalen Finanzierungslücken zu vermindern

sind. Bund und Länder agieren dabei auf Augenhöhe; die Kommunen haben dabei nur lückenhafte und unklare Rechte, jedoch können sie das Gewicht ihrer Aufgaben und ihrer Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in die Waagschale legen. (...)

#### Mehr Konnexität und eine Reform der Prozesse

Was muss geschehen, um demokratische Politik auch dort zu unterstützen, wo sie den Bürgern am nächsten ist? Mehr Konnexität, mehr Entlastungen, keine Neubelastungen, eine Reform der Prozesse der Aufgaben- und Mittelverteilung – das sind die notwendigen Prinzipien. (...)

1. Gerade infolge von Initiativen des Deutschen Städtetages haben wir in mehreren Fällen die Anerkennung des Konnexitätsprinzips erreicht. Dieser Weg muss weiter gegangen werden. Dabei fallen Inkonsistenzen auf, die überprüft werden müssen. (...)
2. Die Übernahme von Soziallasten durch den Bund ist außerordentlich hilfreich, bislang aber nicht im Sinne einer Entlastung, sondern im Sinne einer Verlangsamung des weiteren Aufwuchses der kommunalen Soziallasten. (...)
3. Viele Länder haben Initiativen zur Entlastung oder zur Entschuldung ihrer Kommunen auf den Weg gebracht. Als Signal sind diese Initiativen wichtig. Um die Überschuldung zu stoppen und ihre Ursachen zu überwinden, reichen diese Initiativen nicht aus. (...)
4. Die meisten überschuldeten Kommunen sind Kommunen in Ländern, die selbst überdurchschnittlich große Haushaltsprobleme haben. Es bestehen berechtigte Zweifel, ob diese Länder selbst überhaupt in der Lage sind, die Überschuldung ihrer Kommunen zu überwinden. Dieser Befund müsste dringend überprüft werden. Die über Jahrzehnte aufgehäufte Überschuldung kann wahrscheinlich nur in der Konstellation überwunden werden, in der ihr Entstehen möglich war: In dem Beziehungsgeflecht von Kommunen, Ländern und Bund.

Es geht schon längst nicht mehr nur um finanzielle Mittel, sondern um die Qualität der Prozesse, die die unverzichtbare Kooperation im föderalen Staat prägen.

## Angela Merkel: Nachhaltige Politik gestalten

Auszüge aus der Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 24. April 2013 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede ist zu finden unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

Ich bin sehr gerne auch in diesem Jahr wieder zu Ihrer Versammlung der deutschen Städte gekommen – und dies aus voller Überzeugung, dass der Dialog mit der kommunalen Ebene von entscheidender Bedeutung ist. (...) Wir sind nicht nur voneinander abhängig und in gewisser Weise aufeinander angewiesen, sondern das wirkliche Leben findet in den Städten und in den Gemeinden statt. (...)

### Europäische Werte

(...) Wir streiten uns über manches in Europa. Wir debattieren oft ewig, ganze Nächte hindurch. Aber – das muss man ab und zu auch einmal sagen: Wir streiten nicht darüber, ob wir demokratische Wahlen haben, ob wir Pressefreiheit haben, ob wir Meinungsfreiheit haben, ob wir Religionsfreiheit haben, ob wir Reisefreiheit haben. (...) Dass wir 500 Millionen Menschen sind, die für diese gemeinsamen Werte eintreten, wo auch immer wir auf der Welt auftreten, das macht uns in vielen Fragen, die unsere Bürgerinnen und Bürger existenziell bewegen, viel, viel stärker. (...)

### Übernahme der Grundsicherung

Wir wissen um die schwierige finanzielle Lage etlicher Städte, insbesondere in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, wo man von Krediten lebt, die eigentlich für kurzfristige Überbrückungen gedacht sind und nicht für langfristige Finanzierungen. Das ist uns bewusst. Deshalb haben wir als Bund sehr gezielt an einer Stelle und im Übrigen ohne jede sonstigen Deals gesagt: Ja, wir übernehmen schrittweise die Grundsicherung (...), denn sie bedeutet für die Jahre 2012 bis 2016 für die Kommunen immerhin Einsparungen von rund 20 Milliarden Euro. (...)

### Wohnungen zu bezahlbaren Mieten

Wir müssen aufpassen (...) dass wir attraktiven Wohnungsbau in Städten zu bezahlbaren Mieten möglich machen. (...) Es geht im Grunde um Wohnungsbauten mit geringen oder mittleren Mieten. Wie passen eigentlich unsere Vorschriften zur Wärmedämmung und andere Auflagen zu dem, was im unteren Mietbereich

möglich ist? (...) Wir haben angesichts des demografischen Wandels eine unglaublich unterschiedliche und heterogene Situation im Wohnungsbereich in der Bundesrepublik Deutschland. (...) Es hat keinen Sinn, zum Beispiel bestimmte Förderinstrumente flächendeckend aufzulegen, wenn wir völlig unterschiedliche Situationen haben, sondern wir müssen versuchen, passgenau vorzugehen. (...)

### Bildung ist Schlüssel zur Integration

Die Tatsache, dass wir schon viele Menschen in Sprachkursen hatten, die Tatsache, dass wir Sprachstandsprüfungen in den Schulen haben, hat die Dinge verbessert. Aber in vielen großen deutschen Städten sind 50 Prozent der eingeschulten Schüler inzwischen Kinder mit Migrationshintergrund. Wenn es uns nicht gelingt, diese Kinder auf das gleiche Bildungsniveau zu bringen wie die Kinder aus Familien mit langjähriger deutscher Vergangenheit, dann werden wir in Zukunft angesichts des demografischen Wandels ein Riesenproblem haben. Deshalb danke ich Ihnen für Ihre Mitarbeit, gerade auch im Bereich des Integrationsgipfels. (...)

### Infrastruktur und Eingliederungshilfe

In den nächsten Jahren, nachdem wir nun mit der Grundsicherung vorangekommen sind, werden aus meiner Sicht zwei Themen im Vordergrund stehen. Das eine sind verstärkte Investitionen in die Infrastruktur. Wenn ich mir den Zustand deutscher Brücken und anderer Infrastrukturobjekte vor Augen halte, dann sehe ich, dass die Lebenserwartungsdauer vieler solcher guten Gemäuer inzwischen an ein Ende gelangt (...) und dass es sehr viel Sanierungsbedarf geben wird. Das heißt, wir müssen in die Infrastruktur investieren.

Aber es gibt noch ein zweites Thema. Viele von Ihnen werden sagen: Na ja, nachdem das mit der Grundsicherung so gut geklappt hat, müssen wir uns auch einmal der Eingliederungshilfe zuwenden. Damit, so denke ich, haben Sie systematisch recht (...) Ich darf Ihnen jetzt schon sagen, dass dies ein Thema sein wird, das uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird. (...)

# Sachkundige Beratungen in den Foren

---

In aufeinander bezogenen Themenforen diskutierten die Delegierten mit sachkundigen externen Gästen zentrale Aspekte des diesjährigen Leitthemas.

### Forum A Europa der Bürgerinnen und Bürger – lokale Demokratie schützen und entwickeln

**Moderation:** Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigs-hafen am Rhein; **Podium:** Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages; Ministerialdirigent Thomas Binder, Bundesministerium des Innern; Dr. Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates; Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages; Prof. Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister a.D., Landeshauptstadt Stuttgart, Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas; Michael Theurer, MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle des europäischen Parlaments

---

### Forum B Europäische Integration – Integration in Europa: Zusammenwachsen und inneren Zusammenhalt fördern

**Moderation:** Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, Landeshauptstadt Schwerin; **Einführung:** Dr. Ulrich Walwei, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; **Podium:** Nadja Hirsch, MdEP, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments; Raymond Maes, Kabinettsmitglied von EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration László Andor; Staatssekretärin Dr. Annette Niederfranke, Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages; Johannes Stockmeier, Vizepräsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

---

### Forum C Daseinsvorsorge in Europa – Vielfalt sichert Lebensqualität

**Moderation:** Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg im Breisgau; **Podium:** Bürgermeister Andre Bonthuis, Schoonhoven; Oberbürgermeister Ivo Gönner, Ulm, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen; Bürgermeister Dr. Arno Kompatscher, Völs am Schlern, Präsident des Südtiroler Gemeindeverbandes; Bürgermeisterin Magister Christine Oppitz-Plörer, Innsbruck; Peter Simon, MdEP, Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments; Sabine Verheyen, MdEP, Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments

---

### Forum D Europa braucht finanzstarke Städte – europäische Politik und Kommunalfinanzen

**Moderation:** Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel; **Einführung:** Dr. Philipp Rother, Chief Economic Analyst der Europäischen Kommission; Staatssekretär Werner Gatzer, Bundesministerium der Finanzen; **Podium:** Staatssekretär Thomas Losse-Müller, Finanzministeriums des Landes Schleswig-Holstein; Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Magdeburg; Oberbürgermeister Peter Jung, Wuppertal; Prof. Dr. Stefan Koriath, Ludwig-Maximilians-Universität München

---

### Forum E Die Europäische Stadt – nachhaltig, wettbewerbsfähig und zukunftsorientiert

**Moderation:** Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, Heilbronn; **Einführung:** Dr. Volker Hassemer, Senator a.D., Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin; Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär a.D., Agentur für Stadtentwicklung GmbH, Berlin; **Podium:** Frauke Burgdorff, Vorstand Montag Stiftung Urbane Räume, Bonn; Romuald Loegler, Architekturbüro Atelier Loegler, Krakau; Dr. Emmanuel Moulin, Leiter des URBACT Sekretariats, Paris; Prof. Marco Venturi, Architekt und Stadtplaner, Venedig; Wissenschaftlicher Sekretär Prof. Julian Wékel, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung/ Technische Universität Darmstadt; Prof. em. Peter Zlonicky, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, München; **Zusammenfassung:** Bürgermeister Martin zur Nedden, Leipzig, Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages

---

### Interfraktionelle Frauensitzung: „Mehr Frauen – mehr Demokratie? Verändert politische Partizipation von Frauen Politik und Gesellschaft?“

**Einführung und Moderation:** Ulrike Hauffe, Landesbeauftragte für Frauen, Bremen, Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages; **Vortrag:** Uta Kletzing, Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, Berlin e.V. (EAF); **Podium:** Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages; Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder, Marktredwitz; Stadträtin Dr. Sylvie Nantcha, Freiburg im Breisgau, Helene-Weber-Hauptpreisträgerin 2011; Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D.

---



## Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Investitionen ermöglicht,  
die sich für die Umwelt rentieren.



**Sparkassen fördern den Wachstumsmarkt Umwelt.** Mit ihren Finanzierungs- und Beratungsangeboten unterstützen sie den Ausbau innovativer Klimaschutztechnologien. Gemeinsam mit ihren Kunden tragen sie so zu einer erfolgreichen Energiewende in Deutschland bei. Das ist gut für die Wirtschaft und gut für die Umwelt. [www.gut-fuer-deutschland.de](http://www.gut-fuer-deutschland.de)

### Neu im Amt



**Barbara Beckmann-Roh** ist zur neuen Geschäftsführerin des Saarländischen Städte- und Gemeindetages gewählt worden. Sie war seit 2009 Vizepräsidentin beim Oberverwaltungsgericht des Saarlandes. In dieser Funktion hat sie auch den Vorsitz in dem Senat ausgeübt, zu dessen Zuständigkeiten das Kommunalrecht und die Thematik Finanzausgleich gehörten.

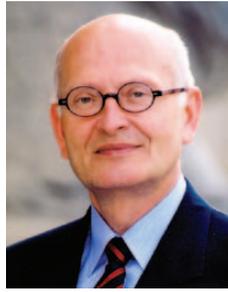


Der Wormser Oberbürgermeister **Michael Kissel** ist neuer Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz. Der Sozialdemokrat steht seit 2003 an der Stadtspitze. Er ist seit diesem Jahr Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Städtetages Rheinland-Pfalz wurde Dr. Bernhard Matheis, Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens, gewählt. Der Christdemokrat ist seit 2003 Oberbürgermeister seiner Stadt und war zuvor Bürgermeister.

### Geburtstage



**Helma Orosz**, Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden, beging am 11. Mai ihren 60. Geburtstag. Sie wurde im Jahr 2008 zum Stadtoberhaupt gewählt und war zuvor Sozialministerin des Freistaates Sachsen. Die Christdemokratin ist seit 2008 Mitglied im Präsidium und im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Während der Hauptversammlung im April 2013 wurde sie zu einer Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt.



Dr. h.c. **Herbert Schmalstieg**, langjähriger ehemaliger Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, feiert am 8. Juni seinen 70. Geburtstag. Bis zum Jahr 2006 war der Sozialdemokrat 35 Jahre ununterbrochen im Amt. Er war Präsident und Vizepräsident des Deutschen Städtetages und wurde anschließend zum Ehrenmitglied gewählt. Er gehörte dem Präsidium 22 Jahre an. Schmalstieg ist Ehrenvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK).



Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, **Olaf Scholz**, wird am 14. Juni 55 Jahre alt. Seit seiner Wahl an die Spitze des Stadtstaates im Jahr 2011 ist er auch Mitglied in Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Von 2007 bis 2009 war der Sozialdemokrat Bundesminister für Arbeit und Soziales. Seit 2009 ist er stellvertretender Parteivorsitzender der SPD.

### Todesfall

Der ehemalige Pressedezernent des Deutschen Städtetages, **Jost Torbohm**, ist am 24. April im Alter von 91 Jahren verstorben. Der gelernte Journalist Torbohm war insgesamt 23 Jahre im Deutschen Städtetag tätig. Von 1970 bis zu seinem Ruhestand 1981 war er als Pressedezernent für die gesamte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes verantwortlich. 1951 war er bei der ersten „Konferenz städtischer Pressereferenten“ beteiligt – damals noch als Leiter des Presseamtes Kassel, ebenso 1952 bei der Gründung des Presseausschusses des Deutschen Städtetages.

Weitere Fachinformationen sowie Berichte aus den Gremien sind für Mitglieder des Deutschen Städtetages abrufbar im Extranet des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>.

# Er ist der Typ für komplexe Anforderungen.

# Und für klare Antworten.

**Vivento überzeugt mit der Erfahrung eines wahren Spezialisten:** wir bieten flexible Personaleinsätze für Auftragsspitzen, Sonderaufgaben und mehr. Praxisnahe Projektbetreuung von Planung bis Durchführung, bundesweite Digitalisierung sowie ein umfangreiches Angebot für Ihre individuelle Kundenbetreuung. [www.vivento.de](http://www.vivento.de)



***vivento***  
Weil Erfahrung zählt.

## Finanzen

### **Bundeskongress Haushalt und Finanzen**

Kongress des Behörden Spiegel in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag  
11. Juni 2013 in Berlin

Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

## Soziales

### **Vielfalt – Teilhabe – Zusammenhalt: Was bedeutet Willkommenskultur wirklich?**

Integrationskonferenz des Deutschen Städtetages mit Unterstützung der Freien und Hansestadt Hamburg und der Robert Bosch Stiftung  
5. bis 6. Juni 2013 in Hamburg

Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

## Wirtschaft

### **Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2013**

Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE  
14. bis 15. November 2013 in Berlin

Weitere Informationen unter [www.difu.de](http://www.difu.de)

## Stadtentwicklung

### **„Städtische Energien – die Rolle der Wirtschaft“**

7. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Bauministerkonferenz der Länder, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes  
17. bis 18. Juni 2013 in Mannheim/Ludwigshafen am Rhein

Weitere Informationen unter [www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de)

## Verkehr

### **Veranstaltungsreihe „kommunal mobil“: Beteiligungsprozesse – Unterschätztes Potential in der Verkehrsplanung**

Fachtagung des Umweltbundesamtes und des Deutschen Instituts für Urbanistik unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages  
6. bis 7. Juni 2013 in Dessau-Roßlau

Weitere Informationen unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

## Recht

### **17. Deutscher Verwaltungsgerichtstag**

Veranstaltung des Deutschen Verwaltungsgerichtstages e.V.  
5. bis 7. Juni 2013 in Münster

Weitere Informationen unter [www.muenster2013.de](http://www.muenster2013.de)

## Gleichstellung

### **Zielgruppe Männer? Zielgruppe Frauen? Wer ist denn nun gemeint? Von der kommunalen Gleichstellungspolitik zum Diversity Management**

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag  
2. bis 3. Dezember 2013 in Berlin

Weitere Informationen unter [www.difu.de](http://www.difu.de)

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Mai 2013

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag.de](mailto:post@staedtetag.de), Internet: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 022 24/1874-510, Fax: 022 24/1874-495, E-Mail: [diederichs@medeya.de](mailto:diederichs@medeya.de)